

Faeser will auch mehr Hipos

Die Landtagsabgeordnete Nancy Faeser (SPD) stärkt ihrer Parteikollegin im Schwalbacher Rathaus, Bürgermeisterin Christiane Augsburg, den Rücken. Auch sie macht sich für eine Abkehr von privaten Wachdiensten stark.

Schwalbach. Die innenpolitische Sprecherin der SPD im Hessischen Landtag, Nancy Faeser, ist sich mit dem Hessischen Innenministerium, Landrat Berthold Gall (CDU) und der Polizeidirektion im Main-Taunus-Kreis «vollkommen einig darüber, dass der Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten im öffentlichen Raum rechtlich unzulässig» ist. Erlaubt sei lediglich der Einsatz privater Sicherheitskräfte zum Objektschutz.

Nur in Ausnahmefällen

Ansonsten dürften, so Faeser, nach Artikel 33 des Grundgesetzes Hoheitsbefugnisse in der Regel nur von Beamten und nur in Ausnahmefällen von Privaten ausgeübt werden. «Bestreifungen, die in der Regel dem Beobachten und Melden von möglichen Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dienen, sind daher auch ohne weitergehende Zwangsbefugnisse hoheitlich», so die Genossin. Dazu gehört beispielsweise die Erteilung eines Platzverweises. Das hieße, sie dürften nur durch Polizeibeamte oder städtischen Ordnungshütern durchgeführt werden. «Deshalb können die privaten Sicherheitskräfte auch keinerlei Lösung für die insbesondere am Marktplatz bestehenden Sicherheitsprobleme bieten», sagte Nancy Faeser.

Die in Schwalbach wohnende Landespolitikerin begrüße deshalb ausdrücklich den Beschluss des Magistrates, der der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen hatte, statt der privaten Sicherheitskräfte, weitere Hilfsbeamte einzustellen. Dies würde dem Sicherheitsbedürfnis der Schwalbacher Bevölkerung zu Gute kommen.

Mit Unverständnis reagiert Faeser auf die Kritik des Landrates an der Schwalbacher Bürgermeisterin, denn schließlich wollte sie, seiner Auffassung entsprechend, den privaten Sicherheitsdienst abschaffen und hat deswegen den Magistratsbeschluss herbeigeführt.

Unverständnis

Die Abgeordnete fordert Landrat Gall auf, mit seinen CDU-Freunden aus Schwalbach zu sprechen anstatt über die Presse mit einer seiner Bürgermeisterinnen zu kommunizieren. Faeser äußerte darüber hinaus die Hoffnung, dass «die örtlichen Grünen entlang ihrer sonst landesweit vorherrschenden Auffassung zum privaten Sicherheitsdienst ihre Entscheidung im Haupt- und Finanzausschuss überdenken werden». hk/mg